



[Chancellor of Austria Sebastian Kurz is addressing the plenary](#) by [European Parliament](#) is licensed under CC BY-NC-ND 2.0

Europa erwägt verstärkte Anti-Terrorismus-Maßnahmen

- Deryle Hope
- [12.11.2020](#)

Die jüngsten jihadistischen Anschläge in Frankreich und Österreich haben das Thema Terrorismus wieder ganz oben auf die Tagesordnung der europäischen Staats- und Regierungschefs gesetzt. Am Dienstag, 10. November, traf sich der französische Präsident Emmanuel Macron in Paris mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz zusammen, um das Thema zu diskutieren.

Im Anschluss an ihre Diskussion trafen sich die beiden Staats- und Regierungschefs per Videokonferenz mit Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission, Charles Michel, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Angela Merkel, der deutschen Bundeskanzlerin, und Mark Rutte, dem niederländischen Premierminister.

Jeder der Staats- und Regierungschefs sprach an seinem jeweiligen Standort von der Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen um die Wiederholung von Gewalttaten, die Europa seit einigen Jahren heimsuchen, zu verhindern. Laut Herrn Macron benötigen die europäischen Länder angesichts des Terrorismus „eine schnelle und koordinierte Reaktion“. Diese Antwort muss sich auf die „Entwicklung gemeinsamer Datenbanken, den Informationsaustausch oder die Stärkung der Strafrechtspolitik und die Implementierung eines vollständigen und rigorosen Arsenal von Sicherheitsmaßnahmen“ stützen.

Die Notwendigkeit, den Schengen-Raum zu reformieren und die Sicherheit der Binnen- und Außengrenzen zu gewährleisten, wurde ebenfalls unter den Staats- und Regierungschefs diskutiert. Der österreichische Bundeskanzler Kurz sprach von „tickenden Zeitbomben“ in Bezug auf zahlreiche IS-Kämpfer, die entweder im Gefängnis sitzen oder kürzlich freigelassen wurden. „Wenn wir unsere Freiheit nicht verlieren wollen, dann müssen wir die Freiheit dieser Menschen einschränken.“

Der französische Präsident Macron sprach auch von der Notwendigkeit, die terroristische Propaganda und die im Internet verbreiteten Hassbotschaften zu kontrollieren. „Das Internet ist ein Raum der Freiheit, ebenso wie unsere sozialen Medien, aber diese Freiheit existiert nur, wenn es Sicherheit gibt und wenn es nicht die Zuflucht derer ist, die unsere Werte verachten oder tödliche Ideologien zu indoktrinieren suchen.“

Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass solche Sicherheitsmaßnahmen nicht „einen Kampf des Islam gegen das Christentum darstellen, sondern vielmehr die Notwendigkeit eines demokratischen Gesellschaftsmodells zur Bekämpfung terroristischer und antidemokratischer Verhaltensweisen“.

Allerdings lassen sich „terroristische und antidemokratische Verhaltensweisen“ nicht durch attraktive Modelle der demokratischen Gesellschaft abschrecken. Die jihadistischen Kräfte sind ideologisch und religiös begründet und betrachten ihren Kampf im Sinne eines Wertekonflikts zwischen westlichen Gesellschaften und Theokratien. Ihr Ziel ist es nicht, sich an ein demokratisches Modell anzupassen, sondern es zu reformieren oder zu zerstören.

Der „Kampf der Kulturen“, der historische Elemente der islamischen Welt gegen die Werte der „christlichen“ Gesellschaften Europas ausgespielt hat, brodelt erneut auf dem europäischen Kontinent. Der Kampf Europas gegen das zunehmend aggressive Verhalten der jihadistischen Terroristen wird sich intensivieren und in einer mächtigen Union von zehn europäischen Nationen gipfeln, die die jihadistische Bedrohung zerschlagen wird.

Diese künftigen Ereignisse, die vor mehr als 2500 Jahren prophezeit und von dem verstorbenen Theologen und Pädagogen Herbert W. Armstrong erklärt wurden, sind die Schlagzeilen von morgen. Um mehr Einzelheiten über die Geschichte und die Prophezeiungen im Zusammenhang mit diesen zukünftigen Ereignissen zu erfahren, schreiben Sie bitte für die kostenlose

